

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Polizeiliche Maßnahmen zur Verkehrssicherheit in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen

Der Landtag möge beschließen:

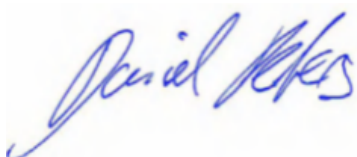
I. Der Landtag stellt fest:

Im Jahr 2024 sind in Mecklenburg-Vorpommern 93 Menschen bei Verkehrsunfällen gestorben. Bei einer insgesamt gesunkenen Zahl an Verkehrsunfällen ist die Zahl der Verkehrstoten deutlich gestiegen. Eine der Hauptursachen für die Unfälle waren ein zu geringer Abstand und überhöhte Geschwindigkeit. Nach einer vorläufigen polizeilichen Statistik der Polizeipräsidien in Rostock und Neubrandenburg sind bereits im Januar 2025 erneut fünf Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen.

Die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern verstärkt ihre Anstrengungen in der Verkehrssicherheitsarbeit unter anderem mit den themenorientierten Verkehrskontrollen der Kampagne „Fahren.Ankommen.LEBEN!“ und intensiviert ihre Kontrollen im Land, um Unfälle durch Vorfahrtverstöße, Geschwindigkeitsüberschreitungen, technische Mängel und auch im Zusammenhang mit dem Konsum von Drogen und Alkohol zu verhindern. Für diese und alle weiteren notwendigen polizeilichen Maßnahmen zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit unseres Landes bedarf es einer angemessenen Personal- und Sachausstattung der Landespolizei.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

die Landespolizei durch eine bessere personelle und sachliche Ausstattung bei den Aufgaben der Verkehrsüberwachung, Verkehrssicherung und Prävention, insbesondere durch die Beschaffung von Mess- und Vortestgeräten zur Feststellung und Messung von Alkohol- und Drogenkonsum im Straßenverkehr und für eine effiziente Kontrolle von Personen und Fahrzeugen in ihren polizeilichen Maßnahmen zu unterstützen, um die Zahl der durch Verkehrsunfälle Getöteten und Schwerverletzten deutlich zu reduzieren. Jeder Tote im Straßenverkehr ist einer zu viel.



Daniel Peters und Fraktion

Begründung:

Auf den Straßen Mecklenburg-Vorpommerns sind im Jahr 2024 deutlich mehr Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen, als in den Jahren zuvor. Unangemessene Geschwindigkeit, zu geringer Abstand, Ablenkung durch mobile Endgeräte, Fahren unter Alkohol- und Drogeneinfluss und Unaufmerksamkeit im Straßenverkehr werden als Ursache angesehen. Zudem ist die Zahl der getöteten Fußgänger gestiegen.

Die regierungstragenden Fraktionen haben in ihrer Koalitionsvereinbarung 2021 bis 2026 festgeschrieben, dass „Vision Zero“ also die vollständige Vermeidung von Toten durch Verkehrsunfälle, gemeinsam mit den Verkehrswachten im Land oberste Priorität der Verkehrssicherheitsarbeit im Land bleibt. Gleichzeitig soll die technische, insbesondere die digitale Ausstattung der Polizei, weiterentwickelt werden.

Die Landesregierung hat sich mit der „Vision Zero“ das Ziel gesetzt, durch geeignete Maßnahmen die vollständige Vermeidung von Toten durch Verkehrsunfälle zu erreichen. Sie hat mehrfach angekündigt, sich auch weiterhin mit aller Kraft dafür einzusetzen. Die Bevölkerung und die Polizeikräfte unseres Landes werden die Ernsthaftigkeit dieser Ankündigung an den daraus folgenden Maßnahmen messen.